

TTIP: Ein weiterer Nagel am Sarg Europas

Editorial

Vor wenigen Tagen kam die gute Nachricht, dass unser Land nicht mehr von der OECD als Steuerparadies angesehen wird. Zwei Jahre lang hatte die neue Regierung daran gearbeitet, Luxemburg ansatzweise aus der Schusslinie zu holen, in die es sich ohne Not seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts hineinmanövriert hatte. Trotz des zunehmenden Drucks von Seiten seiner Partner – insbesondere seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008/2009 – hatten Luxemburgs Regierungen noch bis 2013 versucht, in diesem Dossier auf Zeit zu spielen. Und obwohl es jedem klar sein musste, dass das Großherzogtum riskierte mitten in Europa zum staatlichen Paria zu werden, schien es für die Akteure des Finanzplatzes bis zuletzt völlig abwegig, auf ihre Nischen-Vorteile im internationalen Steuerwettbewerb zu verzichten. In einer ehrenwerten, aber völlig geschlossenen Gesellschaft bestätigten sich die Teilnehmer dieser kleinen Welt unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dass alles bestens wäre in der Besten aller Welten, und dass man ja nicht auf die „Neider“ im Ausland hören dürfe. Exemplarisch für den Realitätsverlust und die gesellschaftliche Abschottung in diesem Bereich des wirtschaftlichen und politischen Lebens muss der ehemalige Finanzminister Luc Frieden gelten. Er hatte selbst nach einem verheerenden Interview auf France 2 im Oktober 2008 keine Anstalten gemacht, einen Richtungswechsel einzuleiten, obwohl der Druck von Seiten der OECD, der europäischen Partner und auch der Luxemburger Medien und Öffentlichkeit eine nie gekannte Schärfe erreichte.

Erst der Regierungswechsel zu BlauRotGrün, die ernsthaften Warnungen institutioneller Akteure wie der Europäischen Investitionsbank sowie der Kommunikationsgau im Zusammenhang mit Luxleaks

schaften das Umfeld, in dem die ungesunde Allianz von Politik, Finanzindustrie, Anwaltsbüros und Big Four ansatzweise gebrochen werden konnte.

Der Finanzplatz ist heute aus seiner Isolation heraus und muss seine Interessen in einer einigermaßen offenen Arena legitimieren. Zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen im Land findet erstmals seit Jahrzehnten eine Interessenabwägung statt und der derzeitige Finanzminister sieht sich offenbar nicht mehr als reiner Lobbyvertreter und Erfüllungsgehilfe des Finanzplatzes. Auf eine Stelle bei der Deutschen Bank in London oder Frankfurt dürfte er sich keine Hoffnungen machen ...

Faszinierend an dieser Entwicklung, die uns in einigen Jahren als peinliche Episode unserer Nationalgeschichte vorkommen wird, ist jedoch noch etwas ganz anderes. Wie war es möglich, dass ein Wirtschaftszweig so lange außerhalb der Kontrolle der Öffentlichkeit funktionieren konnte und wie konnte es sein, dass sich insbesondere die politischen Mandatsträger während Jahrzehnten in einem Prozess der kontinuierlichen Selbstbestätigung gegenseitig versichern konnten, dass das alles schon so in Ordnung ist und im „Interesse Luxemburgs“? Die Abschottung gegen Argumente von Außen, der ständige und ausschließliche Kontakt mit den Vertretern des Finanzplatzes und der Konsens innerhalb der Gruppe der Einflussnehmenden und Entscheidern sind eigentlich das Beeindruckende und Beunruhigende an dieser Geschichte.

Eine ähnliche Entwicklung ist jetzt im Zusammenhang mit TTIP zu beobachten. Obwohl alle Zeichen auf Sturm stehen und der Politik klar sein müsste, dass sie die Finger von diesem Abkommen lassen

Wie war es möglich, dass ein Wirtschaftszweig so lange außerhalb der Kontrolle der Öffentlichkeit funktionieren konnte (...)?

sollte, findet das Misstrauen in der Gesellschaft kein wirkliches Echo in Parlamenten und Regierungen. In Österreich, Deutschland und Luxemburg (Länder mit einer gut funktionierenden, freien Presse) lehnt etwa die Hälfte der Menschen das Abkommen rundheraus ab, in den meisten anderen Ländern wächst das Lager der informierten Skeptiker gegenüber der Masse derjenigen, die dem Thema in völliger Unkenntnis entgegentreten. Doch es scheint so, als ob der Sturm der Entrüstung über das skandalöse Vorgehen der Unterhändler einfach an der Europäischen Kommission und den nationalen Regierungen abprallt. In Brüssel und zwischen Wirtschaftsvertretern bestätigt man sich lieber gegenseitig, dass das schon alles so in Ordnung ist, Handelsabkommen sowieso zu kompliziert für Parlamente und das Volk sind, und dass man in Zukunft einfach „besser erklären“ müsse. Nach dem europaweiten Aktionstag am 10. Oktober (mit u.a. mehr als 150 000 Menschen auf den Straßen Berlins und mehr als 2 000 Menschen auf der Place Clairefontaine in Luxemburg) erklärte die zuständige liberale EU-Kommissarin Cecilia Malmström allen Ernstes, dass sie die TTIP-Gegner „gehört“ habe und aus den Protesten schließe: „Europeans want to know that trade can deliver jobs, growth and investment for consumers, workers and small companies. And they want more of those results“.

TTIP wird so zu einem weiteren Nagel am Sarg Europas. Das Abkommen hat das Potential, den europäischen Bürger und Souverän noch mehr vom europäischen Einigungsprojekt zu entfremden, das durch Euro-, Griechenland- und Flüchtlingskrise schon heute unter akuten Auflösungserscheinungen leidet. TTIP nimmt daneben auch ganz konkret der kleinteiligen europäischen Wirtschaft die letzten Bewegungsspielräume, die sie braucht, um sich gegen die Bulldozer von beiden Seiten des Atlantiks zu schützen. Tatsächlich ist ja das ganze Gerede, dass TTIP plötzlich den kleinen und mittleren Betrieben helfen soll, reine Propaganda. Die lokale luxemburgische Wirtschaft ist beispielsweise nicht einmal in der Lage in der Großregion einigermaßen wettbewerbsfähig aufzutreten, geschweige denn wird sie den Sprung über den Atlantik schaffen. Im Zusammenhang mit TTIP sucht man übrigens vergeblich nach einer Sektoranalyse zu den Interessen der einzelnen luxemburgischen Wirtschaftsbranchen aus der Feder der Wirtschaftsverbände. Genauso fehlt eine Analyse zu den Perspektiven des luxemburgischen Sozialmodells vor dem Hintergrund von TTIP durch den Wirtschafts- und Sozialrat.

Was den in einer Blase operierenden Regierungs- und Kommissionsvertretern jedoch nicht klar zu sein scheint, ist noch etwas ganz anderes: Ein Ab-

kommen mit den USA ist derzeit selbst für gänzlich des Anti-Amerikanismus unverdächtige Bürger ein *no go*. Dazu hat der immer noch nicht ausgestandene NSA-Skandal genauso wie der Cowboy-Stil der amerikanischen Unterhändler und die Respektlosigkeit der EU-Kommission gegenüber dem Europäischen und den nationalen Parlamenten beigetragen. Und über die privaten Schiedsgerichte, die in Zukunft außerhalb der europäischen Rechtsnormen die europäischen Staaten in Schach halten sollen, damit diese ihre Umwelt- und Sozialstandards nicht noch weiter verschärfen können, muss hier nicht einmal ein Wort verloren werden. Die hybriden Modelle, die gerade als Alternative entwickelt werden, sollen - so die Strategie - am Ende als großer Sieg der Gegner verkauft werden. Damit diese etwas zum Feiern haben und dann Ruhe geben...

Auch hier muss man sich am Ende fragen, auf was dieser seltsame Konsens basiert zwischen der nationalen und europäischen Politik einerseits und den in Brüssel organisierten Wirtschaftsinteressen andererseits. Womöglich ist es die gleiche Art von Autismus, die schon beim Blindflug des Luxemburger Finanzplatzes eine Rolle spielte? Oder ist es die Auffassung, dass Europa gar keine andere Wahl hat, als sich der Politik und den wirtschaftlichen Interessen des großen Bruders unterzuordnen? Beide Erklärungen sind aus der Sicht des europäischen Bürgers inakzeptabel.

forum

TTIP hat das Potential, den europäischen Bürger und Souverän noch mehr vom europäischen Einigungsprojekt zu entfremden (...)
